



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Perg
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

Luftenberg an der Donau



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im August 2008

Die Bezirkshauptmannschaft Perg hat in der Zeit von 01. Dezember 2009 bis 08. Februar 2010 mit Unterbrechungen durch einen Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Luftenberg an der Donau vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2006 bis 2008 und der Voranschlag für das Jahr 2009 herangezogen. Bereits vorhandene Prognosewerte für das Jahr 2010 wurden in den Bericht eingearbeitet.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses. Die Durchführung und finanzielle Abwicklung der außerordentlichen Vorhaben wurden einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Perg dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen. Ist kein bestimmter Zeitpunkt angegeben, so ist die Umsetzung bis spätestens mit 1. Jänner 2011 zu vollziehen.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	5
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	5
PERSONAL	6
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	6
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	7
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT	7
DETAILBERICHT	8
DIE GEMEINDE	8
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	9
HAUSHALTSENTWICKLUNG	9
MITTELFRISTIGER FINANZPLAN	10
FINANZAUSSTATTUNG	11
UMLAGEN	12
FREMDFINANZIERUNGEN	13
DARLEHEN	13
KASSENKREDIT	14
LEASING	14
HAFTUNGEN	14
RÜCKLAGEN	14
PERSONAL	15
ALLGEMEINE VERWALTUNG	16
KINDERGARTEN	16
HORT	16
BAUHOF	17
SCHULEN	17
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	18
WASSERVERSORGUNG	18
ABWASSERBESEITIGUNG	20
ABFALLBESEITIGUNG	22
KINDERGARTEN	23
SCHÜLERHORT	24
AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMUNGEN	25
GESMBH	25
GEMEINDEVERTRETUNG	25
<i>Gemeindevorstand</i>	25
PRÜFUNGSAUSSCHUSS	25
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN	26
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	26
SPORTPLATZGEBÄUDE	26
FEUERWEHRWESEN	27
SCHÜLERAUSSPEISUNG	27
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN	27
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT	28
ERNEUERUNG DES MOBILIARS IN DER VOLKSSCHULE	28
SANIERUNG VOLKS- UND HAUPTSCHULE	29
STRAßENBAUMAßNAHMEN (GEMEINDESTRASSENBAU 2008 BIS 2010)	29
SCHLUSSBEMERKUNG	29

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde Luftenberg an der Donau kann auf Grund einer sparsamen Haushaltsführung die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre jeweils ausgeglichen darstellen. In den laufenden Haushaltsergebnissen erwirtschaftete die Marktgemeinde in den Jahren 2006 und 2007 Abgänge, die durch Rücklagenzuführungen bedeckt wurden. Im Jahr 2008 ist ein Überschuss von rd. 81.600 Euro ausgewiesen, der zur Gänze dem außerordentlichen Haushalt zugeführt wurde.

Insgesamt konnten im eingesehenen Zeitraum rd. 490.400 Euro dem außerordentlichen Haushalt als echte Anteilsbeiträge zugeführt werden. Zusätzlich wurden von 2006 bis 2008 Investitionen von insgesamt rd. 951.000 Euro im ordentlichen Haushalt getätigt. Ab 2009 sind auf Grund der negativen finanzwirtschaftlichen Entwicklung keine Zuführungen mehr vorgesehen.

Der Umfang des Budgetvolumens verzeichnete in den vergangenen drei Jahren einen Anstieg um rd. 1.547.000 Euro (von rd. 9.977.800 Euro auf 11.524.800 Euro, d.s. 15,5 %). Dabei stiegen die Einnahmen in diesem Zeitraum um 814.600 Euro (16 %), die Ausgaben um 732.500 Euro (15 %).

Für das Finanzjahr 2009 rechnet die Marktgemeinde aufgrund des vorliegenden Nachtragvoranschlages bei einer Minderung des Budgetvolumens um 2,5 % mit einem Abgang von 230.800 Euro. Bei Beachtung der während der Prüfung gemachten Empfehlungen ist noch ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis möglich. Im Voranschlagentwurf 2010 ist bei einem weiteren Sinken des Budgetvolumens um 3,7 % ein Abgang von 420.800 Euro ausgewiesen.

Die im Mittelfristigen Finanzplan (MFP) ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt im Jahr 2009 noch einen positiven Wert von 60.700 Euro auf. Für die Planjahre 2010 bis 2012 scheinen steigende negative Werte von -80.400 Euro bis -269.000 Euro auf. Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 5,9 Millionen Euro.

Gemessen an der Finanzkraft liegt die Marktgemeinde im Bezirksvergleich im Mittelfeld (15. Stelle im Bezirk Perg). Die Marktgemeinde ist überwiegend von den Ertragsanteilen abhängig. Nur 14 % der Steuerkraft können aus gemeindeeigenen Abgaben erwirtschaftet werden. Die Umlagen betragen 2008 rd. 40,5 % der Steuerkraft.

Der Darlehensstand betrug mit Ende des Finanzjahres 2008 rd. 3.867.000 Euro bzw. 1.055 Euro je Einwohner. Bei der Aufnahme von Darlehen und Krediten achtet die Marktgemeinde auf marktkonforme Zinssätze.

Die Netto-Belastung aus Darlehensverbindlichkeiten betrug im Finanzjahr 2008 rd. 361.800 Euro. Durch eine Streckung der Siedlungswasserbaudarlehen auf 33 Jahre kann die jährliche Tilgungsrate um insgesamt rd. 40.000 Euro vermindert werden.

Mit Ende 2008 ist im Rücklagennachweis ein Stand von rd. 486.500 Euro ausgewiesen. Durch die Auflösung der frei verfügbaren Rücklagen kann das Haushaltsergebnis 2010 um rd. 400.000 Euro verbessert werden bzw. sind bestehende Finanzierungslücken im außerordentlichen Haushalt zu verringern.

Personal

Die Personalkosten der Marktgemeinde sind in den Jahren 2006 bis 2008 um rd. 232.500 auf rd. 1.517.200 Euro angestiegen und es mussten zuletzt rd. 26,1 % der ordentlichen Einnahmen zur Besoldung der 49 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (36,52 Personaleinheiten) aufgewendet werden.

Die allgemeine Verwaltung ist derzeit mit insgesamt 11 Bediensteten (9,6 PE) und damit angemessen besetzt.

Im Schülerhort ist die Reduktion um eine Gruppe auf 2 Gruppen auch beim Beschäftigungsausmaß der Helferinnen zu berücksichtigen.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung

Beim Betrieb der Wasserversorgung wurde im Jahr 2006 ein positives Ergebnis erzielt. Die Abgänge in den Jahren 2007 und 2008 sind großteils in steigenden Ausgaben bei den Instandhaltungen begründet. Die Wasserbenützungsgebühr lag bis 2009 geringfügig über der vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühr. Ab 2010 sind die für Abgangsgemeinden vorgeschriebenen Benützungsgebühren einzuheben. Die Interessentenbeiträge sind zweckgewidmet zu verwenden.

Abwasserbeseitigung

Bei der Abwasserbeseitigung wurden im eingesehenen Zeitraum durchwegs betriebliche Überschüsse erwirtschaftet. Die Kanalbenützungsgebühr lag lt. vorgelegten Gebührenkalkulationen bis 2009 geringfügig über den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühren. Allerdings wurde diesen Kalkulationen nicht der Wasserverbrauch zu Grunde gelegt, sodass in der Realität die vom Land OÖ vorgegebene Mindestgebühr nicht erreicht wurde. Die Benützungsgebühr ist nunmehr durch Anhebung an die für Abgangsgemeinden vorgegebene Mindestgebühr anzupassen. Der Gebührenkalkulation ist künftig der tatsächliche Wasserverbrauch zu Grunde zu legen. Bei der Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr zeigt die Marktgemeinde eine wirtschaftliche Vorgehensweise. Auch in diesem Bereich ist auf die Zweckwidmung der Interessentenbeiträge zu achten.

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung konnte im Durchschnitt der vergangenen Jahren jährlich 9.100 Euro Überschuss erwirtschaften.

Kindergarten

Der von der Marktgemeinde geführte viergruppige Kindergarten belastete den ordentlichen Haushalt in den letzten 3 Jahren mit durchschnittlich 123.300 Euro. Im Jahr 2008 scheint ein Abgang in Höhe von rd. 147.900 Euro auf, wodurch bei durchschnittlich 77 Kindern die Marktgemeinde pro Kind einen Betrag von rd. 1.920 Euro zuschießen musste.

Schülerhort

Der von der Marktgemeinde Luftenberg geführte zweigruppige Hort belastete den ordentlichen Haushalt in den letzten 3 Jahren mit durchschnittlich 41.600 Euro. Im Jahr 2008 war

vorübergehend die Einrichtung einer 3. Hortgruppe erforderlich und der betriebswirtschaftliche Abgang stieg auf 59.100 Euro. Der Wegfall der 3. Gruppe mit Ende 2008 ist bei der Personalreduktion nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Weitere wesentliche Feststellungen

Gemeindevertretung

Für die Gewährung von Subventionen von einem Betrag bis 2.000 Euro ist die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes gegeben. Der Prüfungsausschuss hat im Zeitraum von 2006 bis 2008 jährlich 4 Sitzungen abgehalten. Das Mindestmaß von jährlich 5 Prüfungen ist einzuhalten.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben bewegt sich die Gemeinde mit rd. 6,50 Euro (insgesamt rd. 30.000 Euro) im "15-Euro-Erlass". Die Umweltförderung ist als Doppelförderung anzusehen.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt (aoH) sind 12 Vorhaben ausgewiesen. Der aoH zeigt zum Ende 2008 im Rechnungsabschluss bei sieben Vorhaben einen Abgang in Höhe von insgesamt rd. 390.000 Euro. Die in den Finanzierungsplänen vorgesehenen Anteilsbeiträge konnten nur zum Teil oder gar nicht erbracht werden, sodass die Finanzierungslücke immer größer wird. Der im Jahr 2008 aufscheinende Abgang von rd. 390.000 Euro steigt 2009 auf rd. 600.000 Euro. Fehlt 2008 noch für rd. 86.000 Euro die Bedeckung, so steigt dieser Wert 2009 auf rd. 220.000 Euro. Der Rest des Abgangs ist durch die in den vorliegenden Finanzierungsplänen angeführten Mitteln bedeckt.

Bei der Vergabe von Architektenleistungen sind auf Grundlage des Bundesvergabegesetzes 2006 jedenfalls Ausschreibungen durchzuführen und Vergleichsangebote einzuholen.

Außerordentliche Vorhaben dürfen grundsätzlich erst dann begonnen oder fortgeführt werden, wenn die finanziellen Mittel tatsächlich gesichert sind und unmittelbar zur Verfügung stehen.

Detailbericht

Die Gemeinde

Die Marktgemeinde Luftenberg an der Donau liegt auf einer Seehöhe zwischen 250 m und 500 m am südlichen Rand der Böhmisches Masse. Ein Sechstel des Gemeindegebietes befindet sich südlich der Donau. Angrenzende Gemeinden sind Linz, Steyregg, Engerwitzdorf, St. Georgen an der Gusen, Langenstein, Enns und Asten. Die Marktgemeinde erstreckt sich auf einer Fläche von 16,86 km² und zählt in wirtschaftlichen Belangen zum Oberösterreichischen Zentralraum. Lt. Volkszählung (VZ) 2001 hat die Marktgemeinde 3.664 Einwohner (lt. Stichtag GR-Wahl am 05.06.2009 mit Nebenwohnsitzen: 4.787 EW).

Das öffentliche Straßennetz umfasst rd. 76 km, wovon 3 km als Bundesstraße, 3 km als Landesstraße, 15 km als Güterwege und 55 km als Gemeindestraßen ausgebaut sind.

In der Marktgemeinde gibt es rd. 45 Arbeitsstätten, einen Mittel- und mehrere kleinere Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe mit insgesamt rd. 250 Beschäftigten. Der Großteil der Bevölkerung pendelt zur Arbeit nach Linz aus. Die Marktgemeinde sieht sich daher selbst als Wohn- und Naherholungsgemeinde mit einem breiten Sport- und Freizeitangebot am Stadtrand von Linz.

Die landwirtschaftlichen Flächen im Gemeindegebiet werden von 45 im Nebenerwerb und 7 im Haupteberwerb geführten landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet.

Folgende Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 6.950.000 Euro wurden in den Jahren 2003 bis 2009 umgesetzt:

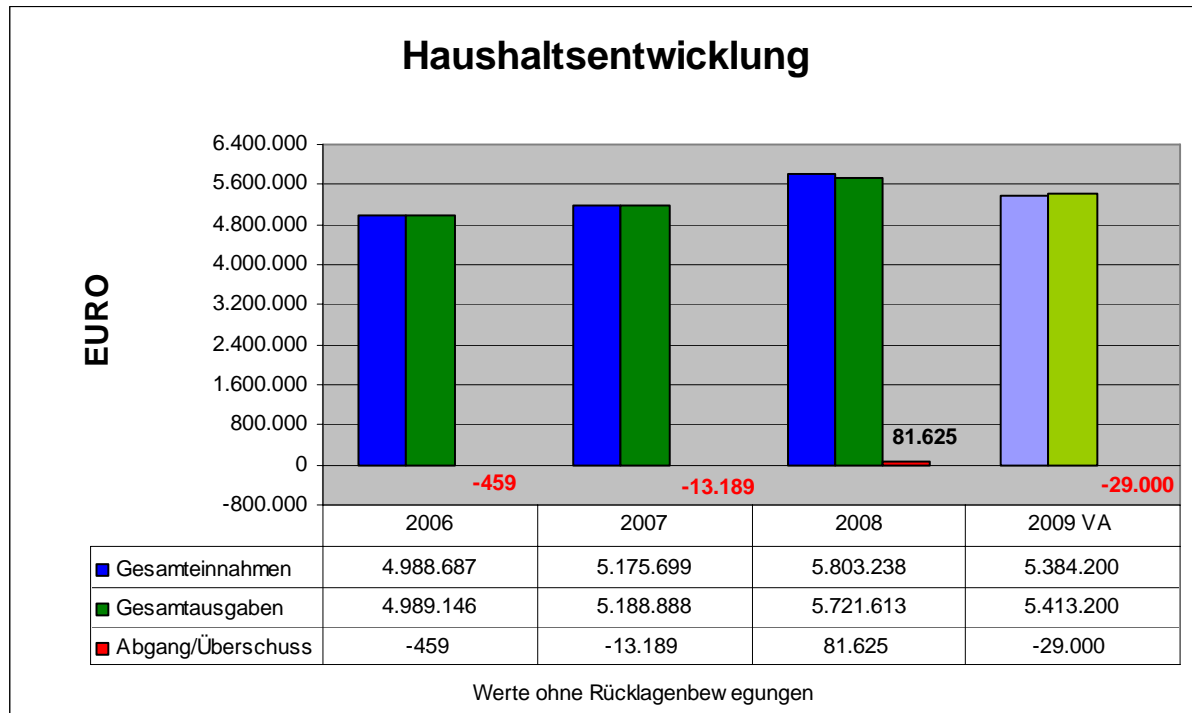
- Kleinlöschfahrzeug FF Pürach
- Sanierung und Zubau Volks- und Hauptschule
- Neubau Schülerhort
- Sanierung und Erweiterung Sportplatzgebäude
- Straßensanierungen und- baumaßnahmen
- Liegenschaftserwerb Kranzler
- Landwirtschaftlicher Wegebau
- Ankauf Unimog Kommunalfahrzeug
- Kanalbau BA 10
- Erweiterung Trinkwasserhochbehälter Heigl

In folgende Projekte wird in den kommenden Jahren investiert (in Klammer die Gesamtbaukosten bis 2012):

- Sanierung Volks- und Hauptschule (470.100 Euro)
- Neubau Krabbelstube (1.102.000 Euro)
- Mehrzweckraum/Turnsaal (2.715.000 Euro)
- Straßenbaumaßnahmen (800.000)
- Gehweg Statzing Ost (65.000)
- Güterweg Rockenschaub (90.000 Euro)
- Hochwasserschutz St. Georgener Bucht (520.000 Euro)
- Friedhoferweiterung (74.000)
- Rückhaltebecken Mühlbach (45.000)
- Rückhaltebecken Kohlstattbach (47.000)

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die laufenden Haushaltsergebnisse der Marktgemeinde, in denen Rücklagenbewegungen nicht berücksichtigt sind, wiesen in den Jahren 2006 und 2007 Abgänge und im Jahr 2008 einen Überschuss von rd. 81.600 Euro aus. Durch Rücklagenentnahmen bzw. -zuführungen und Zuführung der erwirtschafteten Überschussbeiträge an den außerordentlichen Haushalt sind die Rechnungsabschlüsse der letzten 3 Jahre jeweils ausgeglichen dargestellt.

	2006	2007	2008	2009 VA
Rücklagenentnahme	7.361	14.622	---	73.400
Rücklagenzuführung	6.902	1.433	81.625	44.400
Saldo:	- 459	- 13.189	+ 81.625	- 29.000

Im Jahr 2006 konnten dem außerordentlichen Haushalt rd. 131.700 Euro, im Jahr 2007 rd. 200.300 Euro und im Jahr 2008 rd. 158.400 Euro als echte Anteilsbeiträge zugeführt werden. Die negative Entwicklung bei den Ertragsanteilen verbunden mit steigenden Pflichtausgaben und den durch die Abgänge im außerordentlichen Haushalt anfallenden Belastungen lässt ab 2009 keine Zuführungen mehr zu.

Im eingesehenen Zeitraum konnten im ordentlichen Haushalt Investitionen von rd. 951.000 Euro durchgeführt werden (davon 2008: 354.000 Euro).

Die Gründe für das bisherige Gelingen ausgeglichener Haushaltsergebnisse liegen in einer wirtschaftlichen und sparsamen Gebarungsführung und in nachstehend angeführten kurz beschriebenen Sachverhalten: Den außerordentlichen Vorhaben lagen grundsätzlich gesicherte Finanzierungen zu Grunde, Kassenkredite wurden kaum in Anspruch genommen, bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung können durch entsprechende Gebührengestaltungen Mehreinnahmen erzielt werden und im Bereich von Ermessensausgaben werden Erlassmäßige Vorgaben eingehalten.

Der Marktgemeinde wird ein möglicher künftiger Haushaltsausgleich nur bei Beibehaltung einer äußerst sparsamen Haushaltsführung gelingen.

Der Umfang des Budgetvolumens verzeichnete in den vergangenen drei Jahren einen Anstieg um rd. 1.547.000 Euro (von rd. 9.977.800 Euro auf 11.524.800 Euro, d.s. 15,5 %). Dabei stiegen die Einnahmen in diesem Zeitraum um 814.600 Euro (16 %), die Ausgaben um 732.500 Euro (15 %).

Im Voranschlag 2009 konnte ein Haushaltsausgleich nur mehr durch eine Rücklagenentnahme von 29.000 Euro erzielt werden. Der Nachtragsvoranschlag 2009 weist infolge der allgemein negativen wirtschaftlichen Entwicklung bereits einen Abgang von 230.800 Euro auf. Der vorliegende Entwurf des Voranschlages 2010 weist einen Abgang von rd. 415.000 Euro aus. 2009 und 2010 sind keine Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt mehr vorgesehen.

Im Jahr 2009 wird laut Nachtragsvoranschlag noch ein Abgang von rd. 230.800 Euro erwartet. Entgegen dieser Prognose zeigt die Haushaltsüberwachungsliste mit 31. Dezember 2010 einen Abgang von rd. 88.600 Euro.

Inklusive der bei der Prüfung festgestellten und von uns empfohlenen Abänderungen (dh. Abwicklung der Investitionen bei der Straßenbeleuchtung, der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im außerordentlichen Haushalt) wird ein ausgeglichenes Ergebnis für 2009 erreicht werden können.

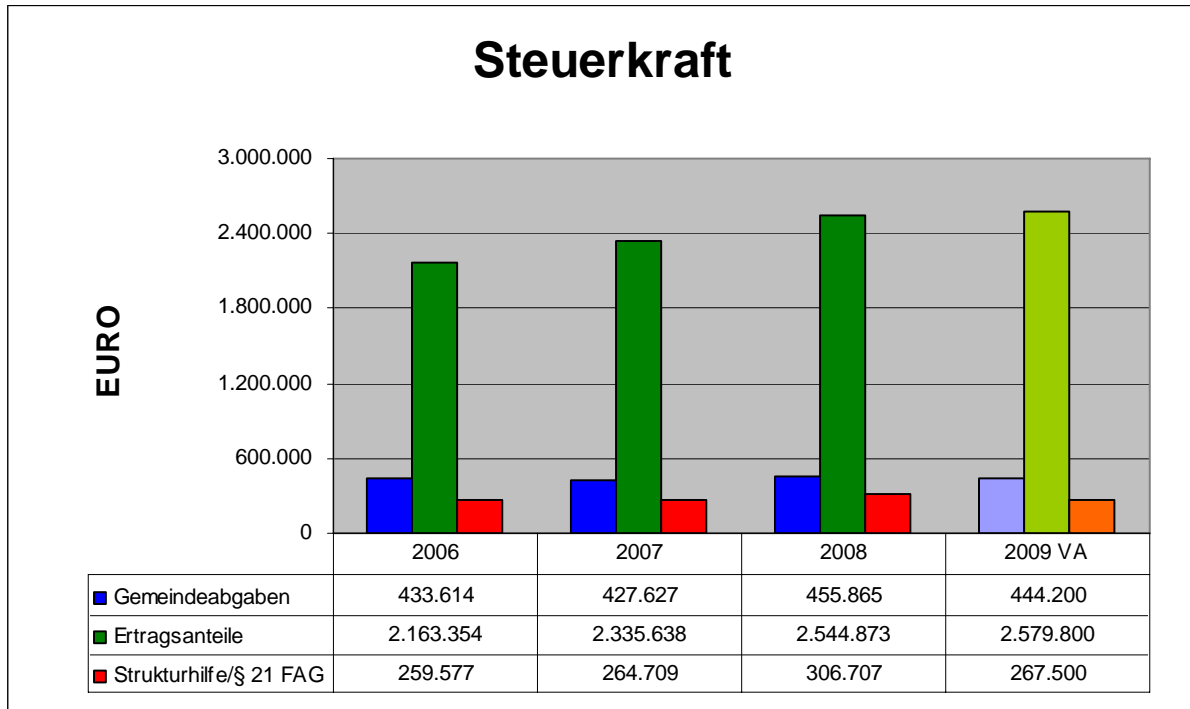
Mittelfristiger Finanzplan

Die im Mittelfristigen Finanzplan (MFP) ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für das Planjahr 2009 noch einen positiven Wert von 60.700 Euro auf. Ab 2010 scheinen negative Werte von -80.400 Euro, 2011 von -167.000 Euro und 2012 von -269.000 Euro auf. Dies bedeutet, dass der Marktgemeinde künftig selbst keine eigenen finanziellen Mittel für Investitionen bzw. für Zuführungen zur Verfügung stehen.

Es wird daher für geplante Bauten und größere Investitionen für eine 100 %ige Bedeckung der Kosten durch andere Stellen zu sorgen sein.

Der Investitionsplan des MFP sieht viele kostenintensive Projekte wie die Sanierung der Volks- und Hauptschule, den Neubau einer Krabbelstube, die Errichtung eines Mehrzwecksaales beim Turnsaal, Straßenbaumaßnahmen, Gehweg Statzing Ost, Güterweg Rockenschaub, Hochwasserschutz St. Georgener Bucht, Friedhoferweiterung, Rückhaltebecken Mühlbach und das Rückhaltebecken Kohlstattbach vor. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt bis 2012 rd. 5,9 Mio Euro. Für insgesamt 1,7 Mio. Euro fehlt die Bedeckung.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft¹ betrug im Jahr 2006 rd. 2.856.000 Euro und stieg bis 2008 um 15,8 % (d.s. rd. 451.000 Euro) auf rd. 3.307.000 Euro - bzw. 902 Euro je Einwohner - an. Dabei war zu ersehen, dass die Steuerkraft von 2006 bis 2008 eine kontinuierliche Steigerung verzeichnen konnte.

Die Entwicklung der Bundesertragsanteile war von 2006 (2.163.400 Euro) bis 2008 (2.533.900 Euro) ständig steigend. Der Zuwachs von 2006 auf 2008 betrug rd. 370.500 Euro (Steigerung: 17,1 %).

Aus der Grafik ist zu entnehmen, dass die Marktgemeinde überwiegend von den Ertragsanteilen (gemeinschaftlichen Bundesabgaben) abhängig ist (2008 = 76,9 % der Steuerkraft oder 43,8 % der ordentlichen Haushaltseinnahmen). Die Steuerkraft besteht zu rund 13,8 % aus Gemeindeabgaben (d.s. 7,8 % der ordentlichen Haushaltseinnahmen). Strukturhilfemittel und Finanzausweisungen erreichten 2008 5,3 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes (bzw. 9,3 % der Steuerkraft). Gemessen an der Finanzkraft liegt die Marktgemeinde im Bezirk Perg an 15. Stelle. Mit dem Steigen des Bevölkerungsstandes zum Stichtag 31. Oktober 2008 auf 3.839 Personen (um 175 Personen mehr als bei der VZ 2001) ist auch eine Erhöhung der zu gewährenden Strukturhilfe zu erwarten.

Bei den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben war von 2006 und 2008 eine Steigerung von 433.600 Euro auf 455.900 Euro d.s. 5,1 % (rd. 22.300 Euro) gegeben; umgelegt pro Einwohner ergibt sich im Jahr 2008 ein Betrag von rd. 124 Euro. Damit ist das Steueraufkommen als gering einzustufen. Die Kommunalsteuer stieg um rd. 6,4 % von 236.000 Euro auf 251.200 Euro und bildete 2008 rd. 55 % der gemeindeeigenen Abgaben. 36,6 % der Gemeindeabgaben werden durch die Grundsteuer B vereinnahmt.

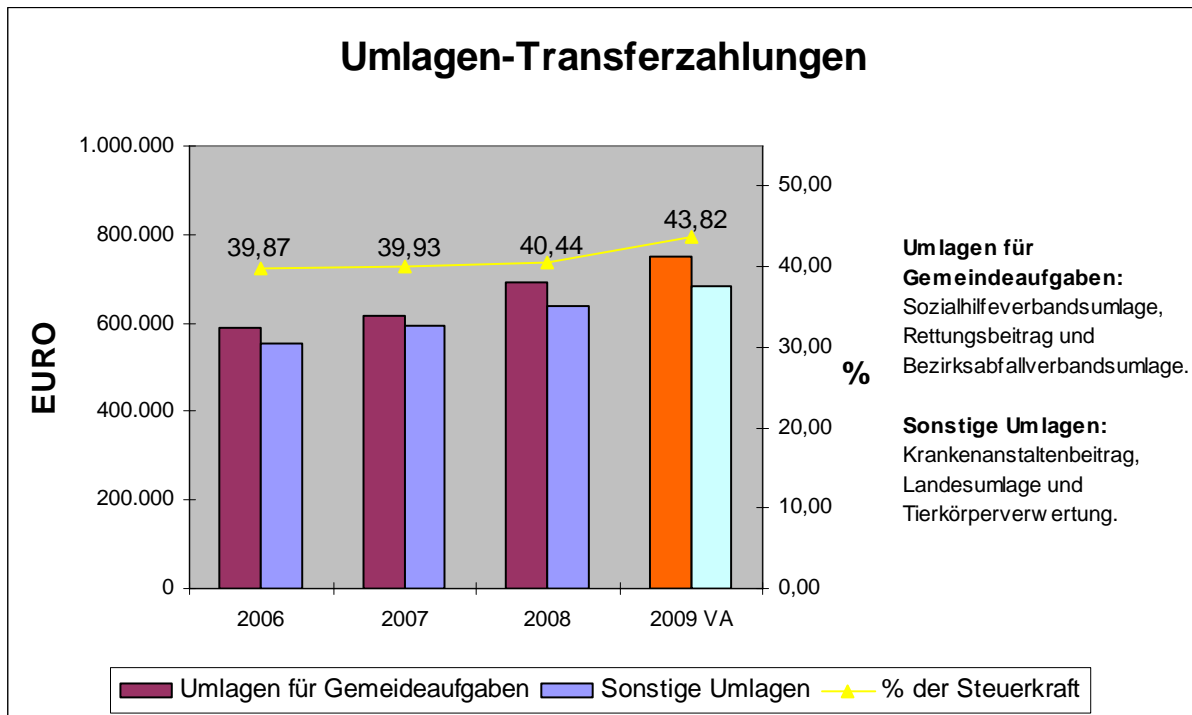
Grundsteuerbefreiung:

Nach Tarifpost 52 der Gemeindeverwaltungsabgabenverordnung 2002 (Oö. GVV 2002) beträgt für die Erteilung der zeitlichen Grundsteuerbefreiung die Verwaltungsabgabe „das Einfache der anlässlich der Baubewilligung bzw. Bauanzeige berechneten Abgabe.“

Bei den Bescheiden zur Grundsteuerbefreiung ist die Tarifpost 52 anzuführen.

¹ Steuerkraft: Finanzkraft minus Aufschließungsbeiträge zzgl. Finanzausweisungen

Umlagen



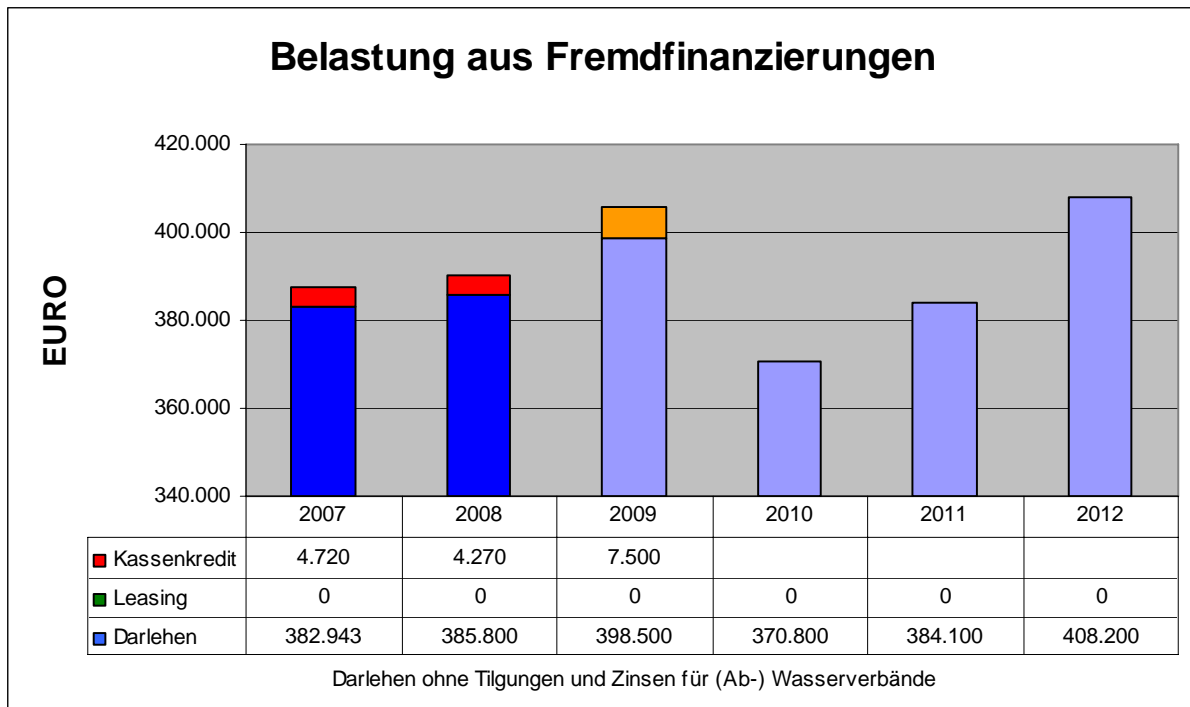
Die von der Marktgemeinde für die o. a. Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen stiegen von 2006 bis 2008 kontinuierlich an. Im eingesehenen Zeitraum erhöhten sich die Umlagezahlungen im Gesamten um 194.300 Euro, dies ergibt somit eine prozentuelle Steigerung von 17 % (2006: 1.138.900 Euro; 2007: 1.209.000 Euro). Im Finanzjahr 2008 waren 40,4 % der Steuerkraft notwendig, um die Zahlungen von rd. 1.333.200 Euro bzw. 364 Euro je Einwohner lt. VZ 2001 leisten zu können.

Die „Umlagen für Gemeindeaufgaben“ sind in den Finanzjahren 2006 bis 2008 von 587.600 Euro (= 20,6 % der Steuerkraft) um rd. 105.900 Euro auf 693.500 Euro (= 21 % der Steuerkraft) angestiegen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 18 %.

Die „Sonstigen Umlagen“ sind im o.a. Zeitraum von 551.400 Euro (= 19,3 % der Steuerkraft) um 88.400 Euro auf 639.800 Euro (= 19,4 % der Steuerkraft), also um 16 % gestiegen. Von 2006 bis 2008 betrug die Steigerung beim Krankenanstaltenbeitrag 76.700 Euro (16,4 %) und bei der Landesumlage 11.700 Euro (16 %).

Auch der Voranschlag 2009 weist eine Tendenz nach oben auf (SHV-Umlage + 9,6 % d.s. 58.100 Euro), Krankenanstaltenbeitrag + 8,2 % (d.s. 44.800 Euro).

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Im Jahr 2008 belasteten Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von rd. 385.800 Euro den ordentlichen Haushalt, wovon rd. 24.000 Euro durch Ersätze bedeckt wurden. Gemessen an den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes mussten 2008 rd. 6,6 % davon für die Tilgung und die Zinsen der bestehenden Darlehen aufgewendet werden.

Der Gesamtschuldenstand betrug zum Ende des Haushaltsjahres 2008 rd. 3.867.000 Euro (rd. 1.055 Euro je Einwohner). Damit belegt die Marktgemeinde den sehr guten 24. Rang im Bezirk Perg (von 26 Gemeinden). Von den Schulden entfallen 2.890.000 Euro, d.s. rd. 75 %, auf WVA und ABA, wobei bei der ABA entsprechende Gebühreneinnahmen zur Tilgung zur Verfügung stehen. Offen sind weiters Darlehen für die Amtshausneubau (116.500 Euro), die Sanierung der Volks- und Hauptschule (607.800 Euro), Feuerwehrhausbau Pürach (1.800 Euro), Sanierung und Erweiterung des Sportplatzgebäudes (139.600 Euro), den Liegenschaftserwerb "Kranzler" (96.200 Euro) und Kindergartenneubau (15.100 Euro).

Durch eine Darlehensstreckung bei 6 von 8 bestehenden Darlehen im Siedlungswasserbau wird die jährliche Tilgungsrate zumindest bis 2015 insgesamt um rd. 40.000 Euro gemindert.

Die Laufzeiten für die Siedlungswasserbaudarlehen sind entsprechend der Vorgaben der Aufsichtsbehörde für Abgangsgemeinden auf insgesamt 33 Jahre zu strecken.

Die letzte Darlehensaufnahme (470.100 Euro für die Sanierung der Volks- und Hauptschule mit einer Laufzeit von 10 Jahren) wurde im März 2009 getätigt. Die Darlehensvergabe erfolgte unter Einholung von drei Vergleichsangeboten und der Bestbieter erhielt den Zuschlag. Als Zinssatz wurde eine Anpassung entsprechend 3-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,29 Prozentpunkten vereinbart. Diese Zinsvereinbarung ist marktkonform.

Kassenkredit

Zum Ende des Finanzjahres war ein Kassenkredit in Höhe von 34.711,17 Euro aushaftend (Sechstelgrenze lt. Voranschlag 2008: 910.300 Euro).

Es werden jährlich ohne Ausschreibung mit drei örtlichen Banken Kassenkreditverträge abgeschlossen. Der Kassenkredit wird nach Bedarf bzw. dem jeweiligen Kontostand auf den Girokonten in Anspruch genommen. Die aktuellen Zinssätze für die Kassenkredite sind in einem marktkonformen Rahmen und betragen 1,47 %, 1,138 % und 1,138 % (jeweils Basis 3-Monats-Euribor + Aufschlag).

Die Inanspruchnahme des Kassenkredits war bei Einschau und auch im Laufe des Jahres 2008 im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Für die Vergabe des Kassenkredites sind mindestens 3 Vergleichsangebote einzuholen.

Leasing

Es bestehen keine Leasingverpflichtungen.

Haftungen

Im Rechnungsabschluss 2008 scheinen keine Haftungen auf.

Rücklagen

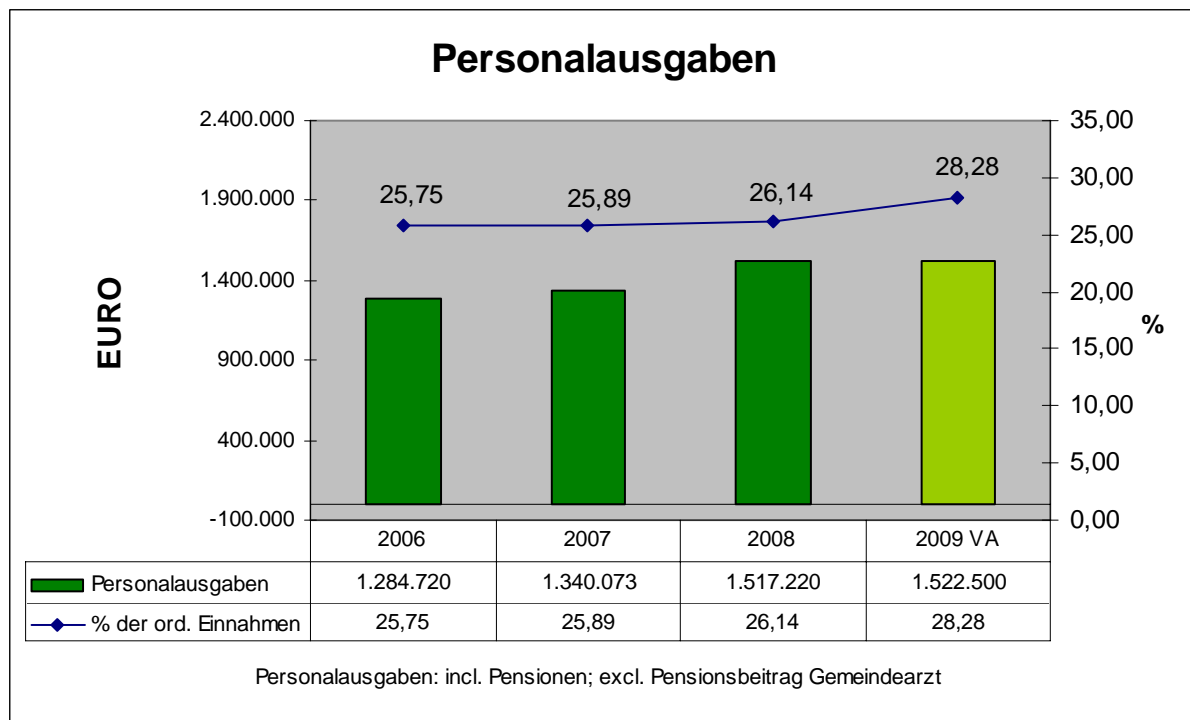
Im Rücklagennachweis wird mit Ende des Finanzjahres 2008 ein Stand von 486.449,39 Euro ausgewiesen. Davon sind 456.118,06 Euro nur sollmäßig verbucht und dienen zur vorübergehenden Verstärkung des Kassenbestandes. Diese Vorgangsweise wird als zweckmäßig angesehen, da der Aufwand für Zwischenfinanzierungen vermindert wird. Die Rücklagen bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden aus Überschussbeträgen aus dem laufenden Betrieb gebildet, sodass sie im Sinne des Gesamtdeckungsprinzips zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses aufzulösen sind. Für das Jahr 2010 könnte dadurch ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis erzielt werden. Der verbleibende Teil sollte zur Bedeckung von Finanzierungslücken heran gezogen werden. Die Zuordnung der Rücklagen ist in nachstehender Aufstellung ersichtlich (Beträge in Euro):

Bezeichnung der Rücklage	Stand Ende 2008	Zweckbindung	verfügbar
Wasserversorgung	266.292,53	---	266.292,53
Abwasserbeseitigung	169.194,68	---	169.194,68
Abfallbeseitigung	20.630,85	20.630,85	----
Allgemeine Rücklage Abfertigungen	30.331,33	---	30.331,33
Gesamtsummen:	486.449,39	20.630,85	465.818,54

Die mit Ende des Haushaltsjahres 2008 vorgelegten Benachrichtigungen über den Stand der Wertpapiere liegen um rd. 10.000 Euro über dem im Rechnungsabschluss im Vermögen ausgewiesenen Wert. Der Grund der Differenz liegt in fehlenden Vermögensbuchungen.

Zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses sind die frei verfügbaren Rücklagen aufzulösen und bestehende Finanzierungslücken zu schließen.

Personal



Die Personalkosten der Marktgemeinde sind in den Jahren 2006 bis 2008 um rd. 232.500 Euro auf rd. 1.517.200 Euro, d.s. 18 %, angestiegen. Die höhere Steigerungsrate von 2 %-Punkten bei den Personalausgaben gegenüber der Steigerungsrate bei den ordentlichen Haushaltseinnahmen bedingt ein kontinuierliches Steigen des prozentuellen Anteils der Besoldungskosten an den ordentlichen Einnahmen. Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes betrug der Personalaufwand in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 25,9 %. Im Jahr 2008 lag der Prozentsatz bei 26,1 %. Im Jahr 2008 entfallen 26,5 % der Personalkosten auf den Kindergarten- und Hortbereich.

Die auffallende Steigerung um rd. 177.100 Euro (13,2 %) von 2007 auf das Jahr 2008 ist durch eine Abfertigungszahlung, Zusatzkräfte im Kindergarten für eine Integrationsgruppe und im Hort für eine 3. Gruppe und die Aufnahme eines Lehrlings als Verwaltungsassistentin begründet.

Die Marktgemeinde beschäftigt derzeit 49 Mitarbeiter bzw. 36,52 Personaleinheiten (PE) die folgendermaßen eingesetzt sind:

2008	Personen	PE
Gemeindeamt	11	9,6
Bauhofmitarbeiter	8	8
Kindergarten	13	8,82
Schülerhort	5	3,2
Schulwart	1	1
Reinigungskräfte	11	5,9
Gesamt	49	36,52

Am Gemeindeamt unterschreitet die Marktgemeinde die im aktuellen Dienstpostenplan vorgesehenen Dienstposten um 1 PE, im Reinigungsdienst um 2,1 PE.

Die zuletzt erfolgten Änderungen des Dienstpostenplans sind mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt und von dieser genehmigt worden.

Im Hinblick darauf, dass der Gemeindeamtsleiter und Leiter des Bauhofes in einem Jahr die Möglichkeit haben in den Ruhestand zu treten, empfehlen wir der Marktgemeinde bereits jetzt Überlegungen zu den anstehenden wichtigen Postenbesetzungen anzustellen, um die direkten Übergangsphasen so kurz und so effizient wie möglich zu gestalten.

Allgemeine Verwaltung

In der allgemeinen Verwaltung der Marktgemeinde sind derzeit insgesamt 11 Bedienstete bzw. 9,6 PE eingesetzt.

Die Bewertung des Dienstpostens des Gemeindeamtsleiters (B II-VII bzw. GD 9) sowie eines Beamten in der Finanzabteilung (B II-VI [N2] bzw. GD 14) und eines Vertragsbediensteten in der Aufgabengruppe Bau (VBI b 13; GD 14) entsprechen den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Richtlinien, bzw. wären sogar zwei GD 13 Bewertungen möglich.

Die Dienstposten in der Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Anzahl und Wertigkeit im Vergleich zu den geltenden Dienstpostenplanverordnungen als durchaus angemessen zu werten. Diese Einschätzung stützt sich vornehmlich auf den für Gemeinden mit bis zu 4.500 Einwohnern zulässigen Beschäftigtenstand von 15 Bediensteten, der von der Gemeinde trotz der höheren Einwohnerzahl mit gegenwärtig 9,6 Personaleinheiten unterschritten wird.

Der vorliegende Geschäftsverteilungsplan datiert vom 3. Juni 2008 entspricht den aktuellen Gegebenheiten.

Kindergarten

Im viergruppig geführten Kindergarten werden zur Betreuung von insgesamt 77 Kindern, 13 Personen beschäftigt. Acht Kindergärtnerinnen, insgesamt 6,37 PE, und fünf Helferinnen, insgesamt 2,45 PE.

Hort

In dem zweigruppig geführten Schülerhort werden zur Betreuung von insgesamt 48 Kindern, fünf Personen beschäftigt, zwei Hortpädagoginnen, insgesamt 1,85 PE, und drei Helferinnen, insgesamt 1,3 PE. In diesem Bereich wird der Dienstpostenplan um eine PE unterschritten. Der Grund liegt in der Reduzierung von drei auf zwei Gruppen ab Dezember 2008. Beim Beschäftigtenstand wurde diese Verringerung nicht im erforderlichen Ausmaß berücksichtigt (siehe Seite 23). Bei einer im Jahr 2008 neu eingestellten Bediensteten wurde bei der Berechnung des Vorrückungstichtages gemäß § 170 Oö. Gemeinde- Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 (Oö. GDG 2002) ein falscher Vorrückungstichtag ermittelt.

Der falsch errechnete Vorrückungstichtag ist korrekt zu ermitteln und mit Nachtrag zum Dienstvertrag der Bediensteten mitzuteilen.

Wir empfehlen, den Beschäftigtenstand bei den Helferinnen auf das für 2 Gruppen erforderliche Ausmaß herab zu setzen. Mit maximal 0,5 PE pro Gruppe sollte das Auslangen gefunden werden.

Bauhof

Im Bauhof sind derzeit 8 handwerklich Beschäftigte mit einem Gesamtausmaß von 8 PE eingesetzt (davon 6 Facharbeiter). Von diesen werden jährlich rund 13.600 Arbeitsstunden erbracht. Sie verrichten den Winterdienst auf den Gemeindestraßen und Güterwegen (insgesamt rd. 70 Räumkilometer). Auf den Gemeindestraßen (rd. 55 km) sind die Gemeindearbeiter auch für die Instandhaltung verantwortlich.

Der von der Marktgemeinde im Haushaltsjahr 2008 für 8 Personaleinheiten und einem Lehrling belegte Arbeitsanfall von insgesamt 14.900 Stunden beträgt bei o.a. Verkehrswegen rd. 3.700 Stunden (inklusive Winterdienst), WVA 4.000 Stunden, ABA 2.200 Stunden, Abfallabfuhr 600 Stunden, Bauhof und Fuhrpark 1.600 Stunden, Schule 1.000 Stunden, Straßenbeleuchtung 300 Stunden, Spiel- und Sportplätze 200 Stunden, Gemeindeamt und Ortsplatz 400 Stunden, Kindergarten und Hort 400 Stunden und Sonstiges 500 Stunden.

Ein Bediensteter des Bauhofes wurde im Juli 2004 von der Entlohnungsgruppe p4 in die Entlohnungsgruppe p3 befördert. Zwischenzeitig hat der Bedienstete zusätzlich die Facharbeiter-Aufstiegsprüfung erfolgreich abgeschlossen.

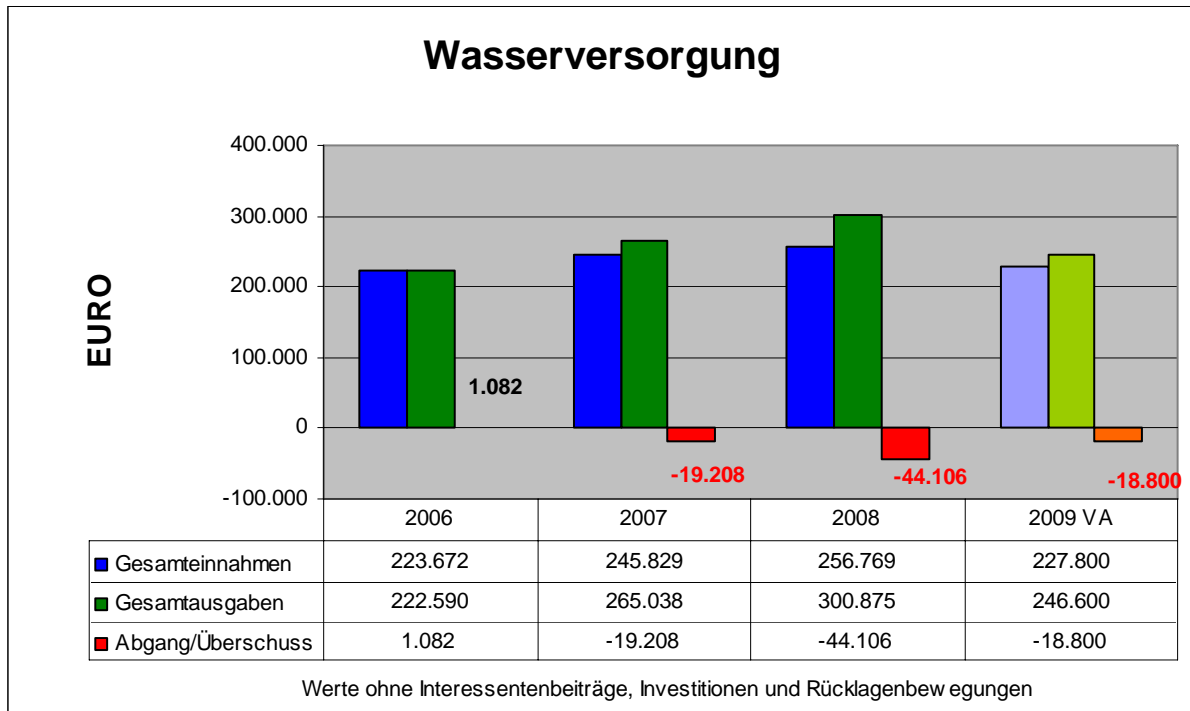
Dem nunmehr in p3 eingereihten Bediensteten kann eine Facharbeiterzulage gewährt werden.

Schulen

Die Volks- und Hauptschule wird von einem zu 100 % beschäftigten Schulwart (GD 19.1) betreut. Er betreut auch den Kindergarten, den Schülerhort und die Mehrzweckräumlichkeiten. Für die Reinigung der beiden Schulen und des Hortes sind 4,36 Personaleinheiten vorgesehen.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Beim Betrieb der Wasserversorgung wurde nur im Jahr 2006 ein positives Ergebnis erzielt. Die Abgänge in den Jahren 2007 und 2008 sind großteils in steigenden Ausgaben bei den Instandhaltungen begründet. Waren 2006 noch 25.000 Euro an Instandhaltungen verbucht, so stieg dieser Betrag 2007 auf 43.800 Euro und 2008 auf 53.500 Euro. Im eingesehenen Zeitraum wurden Investitionen von rd. 111.900 Euro getätigt.

Die Wasserversorgung im Gemeindegebiet erfolgt über die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage.

Die vorgeschriebene Mindestanschlussgebühr liegt jährlich über den Landesvorgaben und beträgt 2010 für 150 m² verbauter Fläche 2.025 Euro. Die Wasseranschlussgebühr für jeden weiteren m² beträgt 13,50 Euro. Für Garagen und überstellte Stellplätze sind je m² 6,75 Euro zu entrichten.

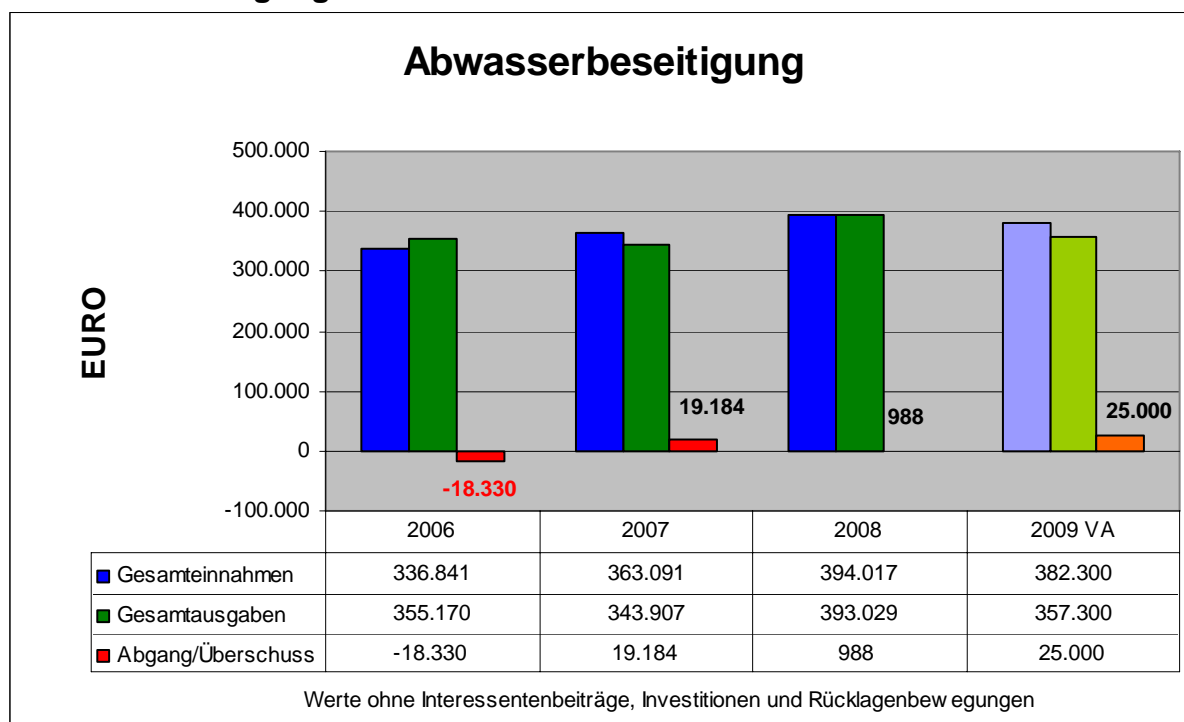
Insgesamt hat die Marktgemeinde in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Wasserversorgungsanlage Interessentenbeiträge in der Höhe von rd. 177.200 Euro eingehoben. Diesen Interessentenbeiträgen standen im selben Zeitraum Investitionen und Tilgungen im ordentlichen Haushalt von rd. 227.900 Euro gegenüber. Eine widmungsgemäße Verwendung wird bestätigt. Im Hinblick auf die Entwicklung hin zur Abgangsgemeinde sind größere Investitionen im ordentlichen Haushalt nicht mehr möglich. Die Annuitätenbelastung wird aus dem laufenden Betrieb zu bedecken sein. Bei der Einhebung der Interessentenbeiträge ist nunmehr auf deren Zweckwidmung besonderes Augenmerk zu richten.

Werden Interessentenbeiträge für den Zweck, für den sie fällig waren, im Jahr ihrer Einhebung nicht benötigt, so sind sie einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen und dort bis zu ihrer zweckgebundenen Verwendung anzulegen.

Die Wasserbenützungsg Gebühr setzt sich aus einer Grund- (Bereitstellungs-)gebühr von derzeit 83,60 Euro für Kleinhausbauten bis zu 3 Wohnungen und einer nach m³ berechneten Bezugsgebühr (derzeit 0,81 Euro/m³ bei einem jährlichen Wasserverbrauch von 100 m³ bzw. 0,96 Euro je m³ ab dem 101. m³ des jährlichen Wasserverbrauches) zusammen. Positiv ver-

merkt wird, dass die Marktgemeinde durch diese Gebührengestaltung die vom Land OÖ vorgegebenen Mindestgebühren im Jahr 2008 um rd. 12 Cent überschritten hat und es konnten Mehreinnahmen von rd. 19.000 Euro erzielt werden. Auf Grund des veranschlagten Abgangs 2010 ist unter Beachtung der Vorgaben der Landesregierung die Benützungsgebühr entsprechend zu erhöhen. Mit Erstellung des Voranschlages 2010 hat die Gemeinde bereits reagiert und eine Erhöhung der Benützungsgebühr um 8 % beschlossen, wodurch die vom Land OÖ für Abgangsgemeinden vorgegebene Mindestgebühr erreicht wird.

Abwasserbeseitigung



Die Abwasserbeseitigung konnte im eingesehenen Zeitraum bis auf das Jahr 2006 positive Ergebnisse liefern. In den Finanzjahren 2006 bis 2008 wurden Investitionen von insgesamt rd. 397.300 Euro getätigt.

Das Ortskanalnetz wurde von der Marktgemeinde errichtet. Die Reinigung der Abwässer erfolgt in der regionalen Kläranlage der Linz AG in Asten.

Die vorgeschriebene Mindestanschlussgebühr liegt jährlich über den Landesvorgaben und beträgt 2010 für 150 m² verbauter Fläche 3.750 Euro. Die Kanalanschlussgebühr für jeden weiteren m² beträgt 25 Euro. Für Garagen und überstellte Stellplätze sind je m² 12,50 Euro zu entrichten.

Insgesamt hat die Marktgemeinde in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigungsanlage Interessentenbeiträge in der Höhe von rd. 383.500 Euro eingehoben. Diesen Interessentenbeiträgen standen im selben Zeitraum o.a. Investitionen gegenüber, sodass eine widmungsgemäße Verwendung gegeben ist.

Unter dem Aspekt eine Abgangsgemeinde geworden zu sein, gilt für die vereinnahmten Interessentenbeiträge selbiges wie bei der Wasserversorgung.

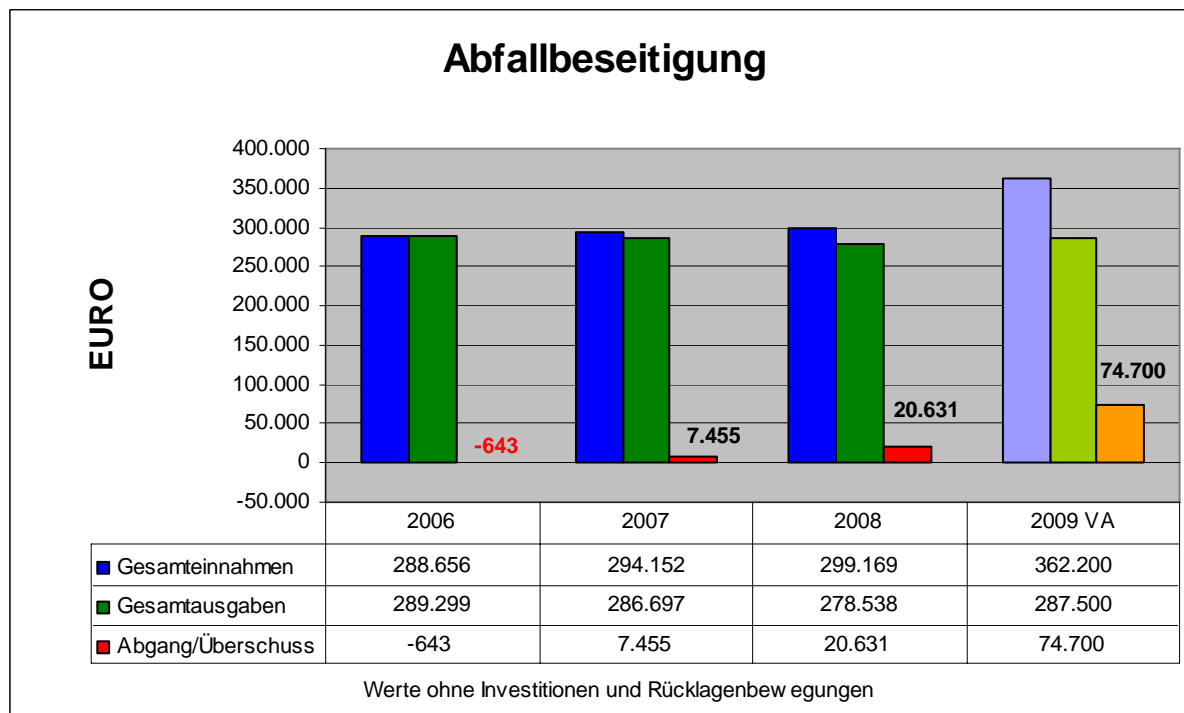
Die Kanalbenutzungsgebühr setzt sich aus einer Grundgebühr von derzeit 126,60 Euro für Kleinhausbauten bis zu 3 Wohnungen und einer Personengebühr von dzt. 63,30 Euro für jede auf der angeschlossenen Liegenschaft bzw. Objekt polizeilich gemeldeten Person zusammen. Für Wohnhausbauten mit mehr als 3 Wohnungen werden Zuschläge verrechnet. Der Zuschlag für die 4. bis 6. Wohnung beträgt 37,90 Euro, für die 7. bis 12. Wohnung 31,60 Euro und für jede weitere Wohnung 25,30 Euro. Lt. Gebührenkalkulationen 2008 überschreitet die Marktgemeinde durch diese Gebührengestaltung die vom Land OÖ vorgegebenen Mindestgebühren um rd. 8 Cent. Es wurde allerdings festgestellt, dass der Gebührenkalkulation ein um rd. ein Drittel (50.000 m³) geringerer Verbrauch zu Grunde gelegt wurde, als bei der Wassergebührenkalkulation an Wassermenge verrechnet wurde. Bei der WVA sind rd. 3.300 Personen, bei der ABA rd. 2.800 Personen angeschlossen. Dies ergibt eine Differenz von rd. 15 %. Selbst bei Einrechnung eines wasserintensiven Betriebes, welcher durch eine eigene

Ableitung nicht in den Verbrauch einzurechnen ist, und allfälliger ausgenommener Landwirtschaften ist die Differenz zwischen Wasserverbrauch und angenommenen Verbrauch bei der ABA nicht erklärbar. Grundsätzlich ist bei den Gebührenkalkulationen der Wasserverbrauch gemäß Wasserzähler zu Grunde zu legen. Erst wenn der Verbrauch nicht mit Wasserzählern feststellbar ist, sind die Sätze auf m³-Sätze umzurechnen. Ausgehend von einem Verbrauch von rd. 130.000 m³ würde sich in der Gebührenkalkulation eine errechnete Benützungsg Gebühr von 2,70 Euro je m³ ergeben. Dieser realistische Wert liegt deutlich unter der vom Land OÖ vorgegebenen Mindestgebühr. Insbesondere haben Wohnhäuser mit mehr als 3 Wohnungen einen deutlich niedrigeren m³-Preis als Einfamilienhäuser oder Kleinhausbauten. Bei einem Wohnhaus mit 12 Wohnungen und 24 Personen ergibt sich lt. Kanalgebührenordnung ein Kubikmeterpreis von rd. 1,90 Euro. Nur bei Erhöhung der Grundgebühr mit einer Abflachung der Ermäßigungen für zusätzliche Wohnungen bei Wohnhausbauten und gleichzeitiger Erhöhung der Personengebühr wird die vom Land OÖ vorgeschriebene Mindestgebühr zu erreichen sein. Bei Zugrundelegung eines Verbrauchs von 130.000 m³ würde dies bei entsprechenden Erhöhungen zu Mehreinnahmen von rd. 65.000 Euro führen.

Auf Grund des veranschlagten Abgangs 2010 ist unter Beachtung der Vorgaben der Landesregierung die Benützungsg Gebühr entsprechend einer 20-Cent Differenz zur vorgegebenen Mindestgebühr zu erhöhen. Mit Erstellung des Voranschlages 2010 hat die Marktgemeinde auf Grundlage der bisherigen Kalkulationen reagiert und eine Erhöhung der Benützungsg Gebühr um 4,7 % beschlossen, wodurch aber die vom Land OÖ für Abgangsgemeinden vorgegebene Mindestgebühr nicht erreicht werden kann.

Bei den Kanalbenützungsg Gebühren sind sowohl die Grundgebühr als auch die Personengebühr zu erhöhen. Um die für Abgangsgemeinden erforderliche Mindestgebühr zu erreichen, ist eine Erhöhung um 17 % erforderlich. Dies kann in 2 Schritten erfolgen. Es wird empfohlen, die Ermäßigungen bei der Grundgebühr bei Wohnhausbauten mit mehr als 3 Wohnungen abzuschaffen, weil dies eine sachlich nicht gerechtfertigte Besserstellung von Mehrhausbauten gegenüber Kleinhausbauten bedeutet.

Abfallbeseitigung

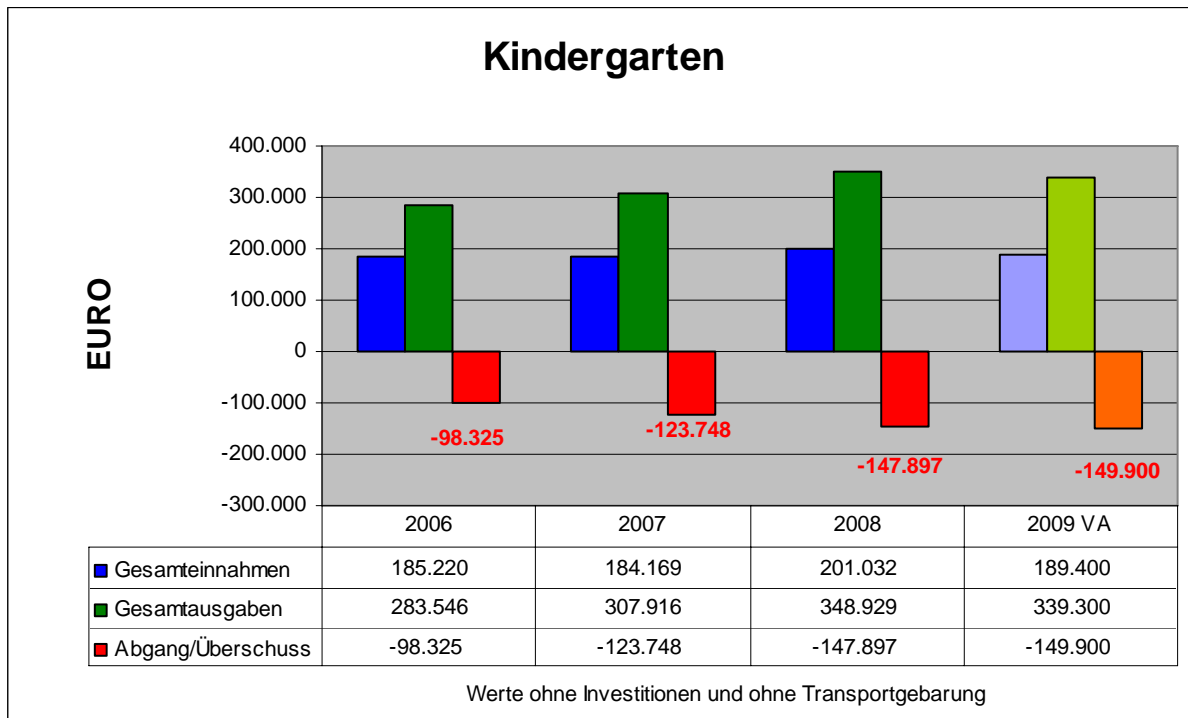


Im Beobachtungszeitraum konnten bei der Abfallbeseitigung 2007 und 2008 und auch in den Jahren vor 2006 Überschüsse erzielt werden. Der Abgang 2006 ist in einer Nachverrechnung aus dem Jahr 2005, in welchem ein Überschuss von 8.500 Euro erwirtschaftet wurde, begründet. Zuletzt konnte im Jahr 2008 zur Verstärkung des allgemeinen Budgets ein Betrag von rd. 20.600 Euro erwirtschaftet werden. Die beim Voranschlag 2009 merkbare gravierende Ergebnisverbesserung ist auf die Einnahme aus einem Rückersatz des Bezirksabfallverbandes Perg (BAV) begründet (Wegfall einer Rücknahmeverpflichtung des BAV). Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einwohner betragen 2008 rd. 58 Euro.

Die Abwicklung der Restmüllabfuhr wurde an ein privates Abfallwirtschaftsunternehmen aus Oberösterreich, nach durchgeführter öffentlicher Ausschreibung der Bestbieter, übertragen. Die Gemeinde bedient sich zur Erfüllung ihrer Kompostierungspflichten eines privaten Dritten aus dem Gemeindegebiet von Langenstein.

Die jährliche Abfallgebühr beträgt bei einem 14-tägigen Abfuhrintervall je Abfalltonne mit 90 Litern Inhalt 194,46 Euro, je Container mit 770 Liter Inhalt 1.426,74 Euro, für solche mit 1.100 Liter Inhalt 2.075,90 Euro. Diese Tarife sind seit 1. Jänner 2005 gültig.

Kindergarten

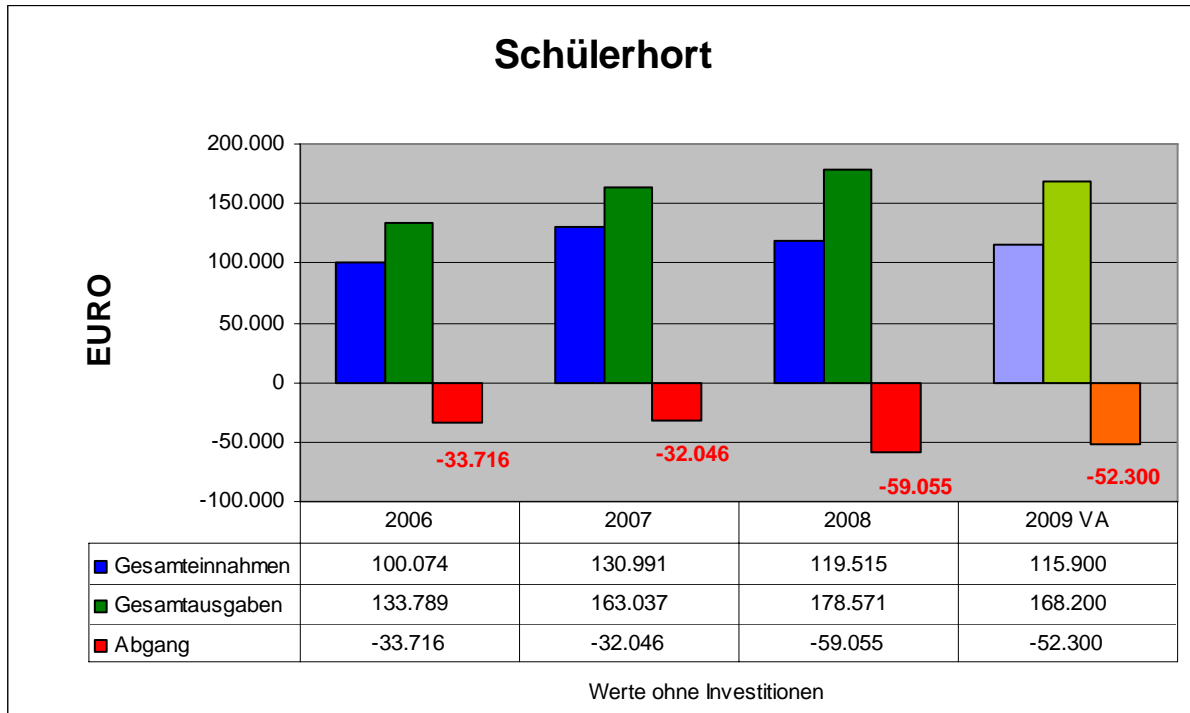


Der viergruppige Kindergarten wird von der Marktgemeinde Luftenberg an der Donau geführt. Die Marktgemeinde leistete in den vergangenen drei Jahren Abgangsdeckungen von durchschnittlich 123.300 Euro (gesamt rd. 370.000 Euro). Die höchste Abgangsdeckung wurde im Jahr 2008 mit einem Betrag von rd. 147.900 Euro geleistet. Bei einer durchschnittlichen Auslastung von 77 Kindern bedeutet dies einen Zuschuss von 1.920 Euro je Kind. Der Elternbeitrag betrug netto durchschnittlich 850 Euro.

Beim Transport der Kindergartenkinder beträgt der von der Marktgemeinde zu bedeckende Abgang unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse und der Elternbeiträge im Schnitt der vergangenen Jahre 3.220 Euro. Für 2008 war ein Fehlbetrag von 2.950 Euro gegeben. Bei durchschnittlich 45 transportierten Kindern ergab sich ein tatsächlicher Aufwand pro Kind im Jahr 2008 von 154 Euro. Das Land OÖ schoss 300 Euro je Kind für den Transport zu. Der Aufwand je Kind und Jahr für den Transport beläuft sich somit auf 454 Euro. Dieser wird zur Gänze aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Für die Kindergartentransportbegleitung wird ein monatlicher Beitrag in Höhe von 9,49 Euro (inkl. MWSt.) eingehoben.

Schülerhort



Im Jahr 2002 errichtete die Marktgemeinde einen zweigruppigen, im Jahr 2008 vorübergehend dreigruppig geführten Hort in der Volksschule. Der Hort wird von der Marktgemeinde geführt. Im eingesehenen Zeitraum belastete der Betrieb des Hortes die Gemeinde mit insgesamt rd. 124.800 Euro. Der betriebswirtschaftliche Abgang im Jahr 2008 belief sich auf rd. 59.000 Euro. Die Steigerung gegenüber den Vorjahren ist in der vorübergehend eingerichteten 3. Hortgruppe und den damit verbundenen höheren Personalaufwendungen begründet. Der Betrieb der 3. Hortgruppe wurde mangels Besuchsfrequenz mit Ende des Jahres 2008 eingestellt. Die zu erwartende Reduktion des Zuschussbedarfes bleibt hinter den Möglichkeiten, weil der Beschäftigtenstand nicht in dem Ausmaß verringert wurde, als er bei Einrichtung der 3. Hortgruppe erhöht wurde. Zwar wurde um eine Hortpädagogin verringert, bei den Helferinnen wurde keine Änderung durchgeführt (s.S. 16).

Bei einem Besuch von durchschnittlich 48 Kindern leistete die Marktgemeinde einen Zuschuss pro Kind von rd. 1.230 Euro.

Ausgegliederte Unternehmungen

GesmbH

Die Marktgemeinde Luftenberg hat im Jahr 2009 gemeinsam mit den Gemeinden St. Georgen an der Gusen, Langenstein und der Firma Linz Service GmbH die Firma "Kommunale Friedhofsbetreuung 4222 GmbH gegründet". Die Stammeinlage der Gesellschaft beträgt 35.000 Euro und von der Marktgemeinde Luftenberg waren anteilig 9.842 Euro zu leisten. Der Gegenstand des Unternehmens ist das Bestattungswesen im Rahmen der kommunalen Friedhofsverwaltung, der Bau, die Ausgestaltung und die Erhaltung von Friedhofsanlagen und die Ausübung des Bestattungsgewerbes samt allen Nebentätigkeiten.

Gemeindevertretung

Gemeindevorstand

Gemäß § 56 Abs. 2 Z. 3 Oö. GemO 1990 obliegt dem Gemeindevorstand die Gewährung von Subventionen bis zu jeweils 0,05 % der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlages des laufenden Haushaltsjahres, jedenfalls aber bis zu einem Betrag von 500 Euro, höchstens jedoch bis zu einem Betrag von 2.000 Euro. Für die Beleg Nrn. 2892 und 2893 (Ausgaben für Transportkosten bei Hortausflügen von 380 Euro bzw. 175 Euro) konnte trotz Zuständigkeit kein entsprechender Beschluss des Gemeindevorstandes vorgelegt werden.

Künftig sind die in der Oö. Gemeindeordnung 1990 angeführten Regelungen betreffend die Zuständigkeit zu beachten.

Prüfungsausschuss

Überprüft wurden die Sitzungsprotokolle beginnend mit 2006 bis Ende 2008. Die Kontrolltätigkeit des Prüfungsausschusses erfolgte durch die Rechnungsabschlussprüfung und zusätzlich drei durchgeführten Prüfungen, wobei 2008 im 3. Quartal keine Sitzung statt fand. Die gewählten Prüfungsgebiete sind jährlich sehr ähnlich und könnten abwechslungsreicher gewählt werden.

Im Sinne des § 91 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung 1990 ist die Überprüfung der Gebarung nicht nur im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich, sondern auch an Hand des Rechnungsabschlusses, vorzunehmen. Als Mindestmaß sind daher inklusive der Rechnungsabschlussprüfung jährlich fünf Prüfungen notwendig.

Das Mindestmaß von jährlich 5 Sitzungen ist abzuhalten. Aufgrund des negativen Haushaltsergebnisses wird empfohlen, dass sich der Prüfungsausschuss in Zukunft intensiver mit möglichen Einsparungsfeldern auseinandersetzt und in den Berichten konkrete Umsetzungsvorschläge formuliert.

Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters sind in den letzten 3 Jahren unter der möglichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 v. T. der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht worden. Veranschlagt werden jährlich bei den Verfügungsmitteln rd. 2/3 und bei den Repräsentationsausgaben rd. 1/4 des gesetzlich möglichen Rahmens. Im Finanzjahr 2007 wurde allerdings bei den Repräsentationsausgaben der veranschlagte Betrag überschritten, die mögliche Höchstgrenze jedoch nur zu 34 % ausgeschöpft.

Die jährliche Inanspruchnahme war wie folgt:

	2006	2007	2008
Verfügungsmittel			
Voranschlag	9.000	10.000	10.600
getätigte Ausgaben in Euro	6.192	9.459	9.466
mögliche Höchstgrenze	14.559	15.386	16.386
% des möglichen Rahmens	42	61	58
Repräsentationsmittel			
Voranschlag	1.000	2.000	2.000
getätigte Ausgaben in Euro	0,00	2.611	1.762
mögliche Höchstgrenze	7.280	7.693	8.193
% des möglichen Rahmens	---	34	22

Dem Bürgermeister kann im Bereich der Ausgaben für Verfügungs- bzw. Repräsentationsmittel Sparsamkeit bescheinigt werden.

Es ist in diesem Zusammenhang dennoch auf die Bestimmungen des § 17 Oö. GemHKRO hinzuweisen, wonach der Voranschlag samt den allfälligen Nachtragsvoranschlägen die bindende Grundlage für die Haushaltsführung der Gemeinde bildet und die veranschlagten Ausgaben daher die Höchstgrenze darstellen, bis zu der Zahlungsverpflichtungen eingegangen werden dürfen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Sportplatzgebäude

Im Eigentum der Marktgemeinde befindet sich das Sportplatzgebäude (Sportweg 71) mit einer Gesamt-Netto-Nutzfläche von rd. 300 m². In dem Gebäude sind eine Gastwirtschaft, das Jugendzentrum und ein Sportverein eingemietet. Zusätzlich befindet sich in diesem Gebäude eine öffentliche WC-Anlage.

Das gemeindeeigene Gebäude belastete den ordentlichen Haushalt im eingesehenen Zeitraum mit insgesamt rd. 33.800 Euro, d.s. rd. 11.300 Euro jährlich, großteils bedingt durch Personalkosten von jährlich rd. 2.900 Euro für die Reinigung des öffentlichen WC's und des Stiegenhauses. Einer durchschnittlichen jährlichen Annuitätenbelastung seit 2006 von rd. 11.300 Euro stehen Mieteinnahmen von rd. 15.600 Euro gegenüber.

Sämtliche Mietverträge sind wertgesichert abgeschlossen.

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es zwei freiwillige Feuerwehren: Luftenberg und Pürach. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt beliefen sich im Jahre 2008 ohne Investitionen auf insgesamt rd. 49.100 Euro. Es wurden Einnahmen in Höhe von 11.900 Euro verbucht, sodass der Zuschuss 37.200 Euro entspricht.

Entgeltpflichtige Einsätze werden von der Gemeinde verrechnet.

	2006	2007	2008	2009 VA
lfd. Aufwand ohne Investitionen und Annuitäten	39.100	60.200	37.200	49.900
Ausgaben/Einwohner lt. VZ 2001 (in Euro)	10,7	16,2	10,2	13,6

Mit dem Auslaufen der jährlichen Annuitätenverpflichtungen für den Ankauf des Tanklöschfahrzeuges für die FF Luftenberg in Höhe von rd. 8.500 Euro und der für den Neubau des Zeughauses der FF Pürach von rd. 2.200 Euro in den Jahren 2011 bzw. 2012 wird bei den Ausgaben der Bezirksdurchschnitt von dzt. rd. 12 Euro pro Einwohner künftig auf Dauer erreicht werden. Der erhöhte Wert im Jahr 2007 ist durch die Rückerstattung einer von der FF Pürach geleisteten Vorfinanzierung von Zusatzgeräten bei einem neu angeschafften KLF in Höhe von 12.000 Euro begründet.

Schülerausspeisung

Bei der Schülerausspeisung sind im Finanzjahr 2008 Kosten in Höhe von 5.304,31 Euro angefallen. Es handelt sich ausschließlich um Personalkosten. Das Essen wird von einem Gastwirt einer Nachbargemeinde in die Schule geliefert und eine der Reinigungskräfte übernimmt die Essensausgabe. Der Essensbeitrag für Kinder beträgt 2 Euro pro Portion und für Erwachsene 3 Euro pro Portion.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Finanzjahr 2008 wurden keine „Wirtschaftsförderungen“ in Form von Refundierungen der Kommunalsteuer gewährt.

Bei den sonstigen Förderungen (insgesamt 30.000 Euro) liegt die Marktgemeinde mit 6,50 Euro je Einwohner in dem vom Amt der Oö. Landesregierung vom 10. November 2005 Erlass mäßig vorgegebenen Rahmen. Die von der Marktgemeinde gewährte Förderung von alternativen Energiegewinnungsanlagen und schadstoffarmen Heizungsanlagen ist an die in diesem Bereich vorgesehene Landesförderung gekoppelt und somit als Doppelförderung zu werten.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt (aoH) sind 12 Vorhaben ausgewiesen und dieser zeigt zum Ende 2008 im Rechnungsabschluss einen Abgang in Höhe von rd. 390.000 Euro, der sich auf 7 Vorhaben aufteilt. Die restlichen 5 Vorhaben sind ausgeglichen dargestellt. Die in den vorhandenen Finanzierungsplänen vorgesehenen Zuführungen wurden nicht oder nur teilweise erbracht, sodass der Abgang im aoH laufend wächst. Diese Negativspirale setzt sich 2009 fort, wo ein Soll-Abgang von rd. 600.000 Euro erwartet wird.

Im Jahr 2008 fehlen die in den genehmigten Finanzierungsplänen vorgesehenen Anteilsbeiträge in Höhe von insgesamt rd. 65.800 Euro, die sich auf die Vorhaben "Erneuerung des Mobiliars in der Volksschule" (34.950 Euro), "Möbliering Mehrzwecksaal" (850 Euro) und "Straßenbaumaßnahmen" (30.000 Euro) aufteilen. Für die Vorhaben "Hochwasserschutzprojekt St. Georgener Bucht" und "Landwirtschaftlicher Wegebau" liegt kein genehmigter Finanzierungsplan vor. Die Bedeckung der Abgänge von 9.700 Euro bzw. 10.600 Euro ist derzeit ungewiss.

Im Jahr 2009 wurden die Vorhaben "Krabelstube", "Mehrzweckräumlichkeiten/Turnsaal" und "Güterweg Rockenschau" begonnen. Diesen Vorhaben liegen keine gesicherten Finanzierungen zu Grunde und es fehlt für insgesamt rd. 76.200 Euro die Bedeckung. Zusätzlich konnte beim Straßenbau der vorgesehene Anteilsbeitrag von 30.000 Euro nicht erbracht werden. Bei Umsetzung unserer auf S. 10 ergangenen Empfehlung fehlt zusätzlich bei der Straßenbeleuchtung die Bedeckung für rd. 27.000 Euro. Die Finanzierungslücke im außerordentlichen Haushalt beläuft sich per Ende 2009 somit auf insgesamt rd. 220.000 Euro. Für die restlichen 380.000 Euro des Abgangs 2009 liegen Finanzierungspläne vor, in welchen entsprechende Bedeckungsmittel zugesagt wurden.

Oberste Priorität muss eine gesicherte Ausfinanzierung von bereits abgeschlossenen Vorhaben haben.

Es wird auf § 80 Abs. 2 Oö. GemO 1990 hingewiesen, wonach Vorhaben nur insoweit begonnen und fortgeführt werden dürfen, als die dafür im laufenden Haushaltsjahr vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind.

Die Auftragsvergabe über die Planungsleistung und örtliche Bauaufsicht inklusive der Ausschreibung für die Straßenbau- und Erhaltungsarbeiten 2008 (Bau des Gehsteigs Hohlweg - Kutzenberg, die Straßensanierung Hohlweg - Kutzenberg, den Reinwasserkanal Hohlweg - Kutzenberg und den Gehsteig Oberfeldstraße Statzing, Bernsteinstraße und Zufahrt "Kron") erfolgte direkt an einen bereits in der Gemeinde tätig gewesenen Baumeister.

Bei der Vergabe von Architektenleistungen sind auf Grundlage des Bundesvergabegesetzes 2006 jedenfalls Ausschreibungen durchzuführen und Vergleichsangebote einzuholen. Im Sinne einer wirtschaftlichen Gebarungsführung ist es nicht vertretbar, durch den Verzicht auf die erforderliche Ausschreibung den Wettbewerb gänzlich auszuschalten.

Erneuerung des Mobiliars in der Volksschule

Bis zum Ende des Finanzjahres 2008 stehen Gesamtkosten von 94.625,26 Euro Einnahmen in Höhe von 65.262,37 Euro gegenüber. Der Abgang von 29.362,89 Euro erhöhte sich im Finanzjahr 2009 durch Einnahmen von 43.000 Euro und Ausgaben von 47.428,21 Euro auf 33.791,10 Euro. Dieser Abgang entspricht in etwa dem fehlenden Anteilsbeitrag in Höhe von rd. 35.000 Euro. Die im genehmigten Finanzierungsplan angeführten Gesamtkosten von 143.222 Euro wurden mit 142.053,47 Euro geringfügig unterschritten.

Sanierung Volks- und Hauptschule

Den Kosten in den Jahren 2000 bis 2008 in Höhe von 2.345.037 Euro stehen Einnahmen in Höhe von 2.136.604 Euro gegenüber. Der im genehmigten Finanzierungsplan vorgesehene Anteilsbeitrag in Höhe von 11.600 Euro wurde von der Gemeinde zur Gänze erbracht. Durch Ausgaben im Jahr 2009 von 765.111 Euro, denen Einnahmen von 795.100 Euro gegenüber stehen, ergibt sich mit Ende 2009 ein Abgang von 178.444 Euro. Die Bedeckung erfolgt durch Bedarfszuweisungsmittel und Landeszuschüssen nach erfolgter Endabrechnung.

Deckungsmittel	Finanzierungsplan GESAMT	Finanzierungs- plan bis 2008	Rechnungsab- schluss bis 2008
Anteil OH	111.600	111.600	111.603,85
Darlehen	1.195.100	725.000	725.000
Landeszuschuss	1.000.000	1.000.000	650.000
Bedarfszuweisungen	1.000.000	1.000.000	650.000
GESAMT	3.306.700	2.836.600	2.136.603,85

Straßenbaumaßnahmen (Gemeindestraßenbau 2008 bis 2010)

Den Kosten im Jahr 2008 in Höhe von 103.126,76 Euro stehen Einnahmen in Höhe von 15.000 Euro gegenüber. Der Abgang von 88.126,76 Euro erhöhte sich im Finanzjahr 2009 durch Einnahmen von 124.366 Euro und Ausgaben von 346.290,51 Euro auf 310.051,27 Euro. Die Gemeinde konnte die im genehmigten Finanzierungsplan bis 2009 vorgesehenen Anteilsbeiträge in Höhe von 60.000 Euro nicht erbringen. Die Landesförderung hingegen ist um 24.366 Euro höher ausgefallen. Die Überschreitung des genehmigten Finanzierungsplanes (Gesamtkosten: 400.000 Euro) um 49.417,27 kann nicht bedeckt werden. Gleichzeitig bedeutet dies, dass die für Straßenbaumaßnahmen lt. Finanzierungsplan bis zum Jahr 2010 vorgesehenen öffentlichen Mittel erschöpft sind. Zu Jahresbeginn 2010 beträgt die Finanzierungslücke bei diesem Vorhaben demnach 85.051,27 Euro.

Schlussbemerkung

Während der Prüfung wurde der Eindruck einer kompetenten und gut organisierten Gemeindeverwaltung vermittelt. Die Arbeiten am Marktgemeindeamt werden von den Bediensteten mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wurden beachtet.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne und umfassend gegeben. Wir bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit und Unterstützung im Laufe der Prüfung.

In der Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und dem Buchhalter am 16. April 2010, konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Perg, am 20. April 2010

Der Prüfer:

Michael Muhr

Der Bezirkshauptmann:

Dr. Heinz Steinkellner